

# Wirtschaftspolitische Leitlinien der IHK Cottbus



Die IHK Cottbus vertritt zu relevanten wirtschaftspolitischen Themenfeldern die Interessen ihrer Mitgliedsunternehmen gegenüber der Bundes-, Landes- oder auch kommunalen Politik. Als Grundlage der Stellungnahmen und Meinungsäußerungen der IHK wird in den Leitlinien die grundsätzliche Ausrichtung der Arbeit der IHK Cottbus dokumentiert. Dabei werden die wirtschaftspolitischen Positionen des DIHK e. V. berücksichtigt, evtl. in Teilen übernommen oder auf die regionalen Besonderheiten in Südbrandenburg angepasst.

Sie wurden durch die Vollversammlung im September 2018, zuletzt geändert und beschlossen im Dezember 2020, beschlossen.

# Wirtschaftspolitische Leitlinien der IHK Cottbus

## Inhaltsverzeichnis

Gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen wertschätzen.....	3
Gründergeist – Unternehmerische Selbstständigkeit stärken .....	4
Weniger Staat – mehr Wettbewerb.....	5
Steuern: Steuerrecht vereinfachen.....	7
Rechtliche Grundlagen einfacher gestalten.....	8
Betriebliche Ausbildung: Duales System stärken.....	9
Vielfältige und nachhaltige Bildungslandschaften schaffen .....	11
Gute Schulen in Brandenburg.....	12
Fachkräfte sichern – demografische Herausforderungen bewältigen .....	13
Energie- und Umweltpolitik als zukunftssichernder Standortfaktor.....	14
Außenwirtschaft und Internationalisierung voranbringen .....	16
Chancen der Digitalisierung nutzen.....	17
Verkehrsinfrastruktur ausbauen, Mobilität sichern.....	18
Standorte stärken, Innenstädte erhalten .....	20

# Gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen wertschätzen

## ZIEL

Die übernommene gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen soll mit einer stärkeren Wertschätzung und Anerkennung aus der Gesellschaft für ihre Arbeit selbst einhergehen. Teil der Verantwortung ist, die Rahmenbedingungen für eine Beteiligung aller Erwerbsfähigen am Arbeitsleben weiter zu verbessern.

## PROBLEMSTELLUNG

Unternehmen sind die wirtschaftliche Basis unserer Gesellschaft. Gerade die kleinteilige- und mittelstandsgeprägte Wirtschaft in Südbrandenburg ist Motor wirtschaftlichen Wachstums und Grundlage für Wohlstand und soziale Sicherheit. In den Unternehmen sorgen Geschäftsführung und Belegschaft gemeinsam dafür, dass Bürger zwischen einer Fülle von Produkten und Dienstleistungen auswählen können. Die Finanzmarktkrise hat der Glaubwürdigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung geschadet. Individuelles Fehlverhalten und öffentliche Debatten haben in der Bevölkerung einen Vertrauensverlust gegenüber Wirtschaft und Politik hervorgerufen. Es gilt, das Image des Unternehmertums stetig zu verbessern und frühzeitig dafür zu werben.

Die Corona-Krise hat in den letzten Monaten die Unternehmen vor enorme Herausforderungen gestellt und wird sie auch noch in Zukunft fordern.

Verantwortliches und nachhaltiges Wirtschaften gewinnt immer mehr an Bedeutung. Das gilt auch für die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen [Corporate Social Responsibility (CSR)]. Die politischen Entscheider und die Verbraucher in unserer Region interessieren sich immer mehr dafür, ob und wie Unternehmer ihre Verantwortung für die positive, gesellschaftliche Entwicklung wahrnehmen.

## LÖSUNGEN

**Den „ehrbaren Kaufmann“ mit Leben füllen.** Mehr Vertrauen in die Eigenverantwortung von Unternehmern ist erforderlich. Die Einhaltung von Regeln allgemein, Verhaltenskodizes und Corporate Governance verdienen mehr Wertschätzung. Der Gesetzgeber darf die Einhaltung von Regeln, z. B. zur Korruptionsbekämpfung durch zu strenge Datenschutzregeln, nicht erschweren oder verhindern. Kodizes und Corporate Governance dürfen nicht zu Überregulierung und Beschränkung der Satzungsfreiheit von Unternehmen führen. Außergerichtliche Streitbeilegung, z. B. Wirtschaftsmediation oder Schiedsgerichtsbarkeit, muss gestärkt werden. In der Corona-Krise müssen betroffenen Unternehmen schnell und unbürokratische seitens der Politik unterstützt werden.

**Positives Unternehmerbild bei den Bürgern stärken.** Die Unternehmer bekennen sich zu ihrer wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Verantwortung im Kerngeschäft und handeln danach. Stärkere Wertschätzung und Anerkennung des gesamten Unternehmertums ist notwendig, um die Unternehmer zu mehr Verantwortung zu ermutigen. Dazu gehört auch die frühzeitige Vermittlung eines positiven Unternehmerbildes inklusive der Verantwortung von Unternehmen für die Gesellschaft bereits in der Schulbildung. Die Sicherung der Grundwerte Nachhaltigkeit und Solidarität ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Selbstverpflichtung, bei ordnungsgemäß erstellten Rechnungen dem Zahlungsziel zu entsprechen, sollte auch gegenüber öffentlichen Institutionen und Privatpersonen eingefordert werden.

**Den demografischen Wandel selbst gestalten.** Die aktuelle demografische Entwicklung führt zu einer Verminderung des Fachkräftepotenzials. Dafür ist eine neue familienfreundliche Arbeitskultur erforderlich. Die Unternehmen öffnen sich für die Gewinnung ausländischer, qualifizierter Fachkräfte. Die Entwicklung einer solchen Unternehmenskultur braucht innovative Vorbilder und flexible Rahmenbedingungen.

**Attraktive Lebensbedingungen halten Fachkräfte.** Um Mitarbeiter halten zu können, sind neben attraktiven Arbeitsbedingungen weitere Standortfaktoren wie medizinische Versorgung, Schulen oder schnelle Verkehrsverbindungen maßgeblich. Südbrandenburg muss stärker mit seinen „weichen“ Standortfaktoren punkten.

**Unternehmenskultur wird aus Überzeugung gelebt.** Die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen ist ein wichtiger Bestandteil der Unternehmenskultur und basiert auf dem unternehmerischen Erfolg im Kerngeschäft. Die Beweggründe für ein Engagement zum Wohl der Gemeinschaft reichen von innerer Überzeugung und Werteorientierung bis hin zur strategischen Überlegung, dass sich nachhaltiges Wirtschaften rechnet oder qualifizierte Mitarbeiter sich leichter halten und gewinnen lassen.

# Gründergeist – Unternehmerische Selbstständigkeit stärken

## ZIEL

Ein positives Gründerklima schaffen und sichern, Innovationspotenziale des Standortes nutzen und Unternehmensnachfolgen sichern.

Das Thema Selbstständigkeit muss im Bildungssystem eine stärkere Rolle einnehmen und eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz finden.

## PROBLEMSTELLUNG

Ohne Gründer und unternehmerischen Nachwuchs kann sich Wirtschaft nicht entwickeln. Bürokratische Zwänge und das in der gesellschaftlichen Debatte oft negativ besetzte „Berufsbild“ des selbstständigen Unternehmers behindern Existenzgründungen und Innovationen.

## LÖSUNGEN

**Mit Bildung das Fundament für ein nachhaltiges Gründerklima schaffen.** Die Themen „Selbstständigkeit“ und „unternehmerische Freiheit“ gehören in den Unterricht. Das Know-how und das Interesse am Unternehmertum erhöhen Gründungschancen, sichern den Fachkräftenachwuchs, sind Basis für Gründungen mit hohem Innovationspotenzial und legen den Grundstein für Unternehmensnachfolgen.

**Weniger Bürokratie bei der Gründung.** Komplizierte Regelungen, Meldepflichten und Zuständigkeiten sowie aufwändige Formulare bremsen den Gründungsprozess. Gründungsfreundliche Rahmenbedingungen sind zu schaffen, z. B. in Form von „One-Stop-Shops“; in Verwaltungen müssen Unternehmen kompetente Ansprechpartner finden. Eine umfassende und unbürokratische Unterstützung in allen Bereichen der gründungsrelevanten Fragestellungen muss Ziel aller in den Gründungsprozess eingebundenen Partner sein.

**Nutzung des regionalen Innovations- und Entwicklungspotenzials.** Die Entwicklungspotenziale der innovativen Unternehmen der Region sind stärker als bisher zu nutzen. So können Zukunftsmärkte erschlossen und regionale Wertschöpfungsketten neu und weiter entwickelt werden. Ein wichtiger Motor dabei sind die Hochschulen. Die Anzahl innovativer Ausgründungen sowie die Anwendung entwickelter Patente und Forschungsergebnisse in mittelständischen Unternehmen sind jedoch noch zu gering. Für die langfristige Sicherung des Wirtschaftsstandortes müssen sich die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen noch stärker auf die Erfordernisse der mittelständischen regionalen Wirtschaft ausrichten.

**Gründerzentren als zentrale und regionale Anlaufstellen schaffen.** Gründungswillige benötigen neben dem fachlichen Know-how auch eine Infrastruktur, die ihnen hilft sich in den ersten Monaten der Gründung bürokratische Hürden zu nehmen. Regionale Gründerzentren könnten dies bieten. Darüber hinaus hätten Gründer und Jungunternehmer dort die Möglichkeit, von ihren unterschiedlichen Erfahrungen zu profitieren und sich gegenseitig zu befruchten. Außerdem stärken Gründerzentren die regionale Verbundenheit. Sie schaffen so ein Gründerklima, das sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken kann.

**Unternehmensnachfolge.** Unternehmer müssen sich rechtzeitig Gedanken über eine Nachfolge machen. Gegenwärtig haben sich nur rund 40 Prozent auf eine Übergabe vorbereitet. Der demografische Wandel verringert die Anzahl potenziell Gründungsinteressierter und erschwert so auch die Unternehmensnachfolge. Es fehlen qualifizierte Existenzgründer, die als Nachfolger bereit stehen, ein bestehendes Unternehmen zu übernehmen. Mehr als jeder zweite Seniorunternehmer wünscht sich eine familieninterne Übergabe, die jedoch nur partiell realisiert werden kann. Zielgerichtete Projekte, Ideen und Förderungen sind notwendig, um Unternehmer und Unternehmen für die Nachfolge vorzubereiten und nach der Übernahme erfolgreich weiter zu führen.

# Weniger Staat – mehr Wettbewerb

## ZIEL

Der moderne Staat beschränkt sich auf seine Kernaufgaben der Daseinsvorsorge und überlässt die wirtschaftliche Betätigung der privaten Initiative und dem Markt.

Der freie Wettbewerb mit stützender Ordnungspolitik ist die starke Säule der sozialen Marktwirtschaft.

## PROBLEMSTELLUNG

Unternehmen und Verbraucher profitieren vom Wettbewerb. Flächendeckende und qualitative Versorgung zu marktgerechten Preisen ist das Ziel der Daseinsvorsorge. Darunter fallen u. a. Telekommunikations-, Verkehrs-, Abfall-, Abwasser- und Postdienstleistungen. Teile dieser Dienstleistungen wurden mit positivem Ergebnis in den Wettbewerb überführt. Die Erfahrung zeigt, dass private Unternehmen in der Regel kostengünstiger und qualitativ höherwertig anbieten. Zudem gehen wesentliche Innovationen in diesen Branchen von ihnen aus.

## LÖSUNGEN

**Keine Bevorzugung öffentlicher Anbieter und von Staatsunternehmen.** Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand zu Lasten des Privatsektors ist konsequent zurückzuführen, den unternehmerischen Initiativen sind faire Wettbewerbschancen einzuräumen. Selbst bei einem möglichen Marktzutritt für private Unternehmen haben sie generell einen Wettbewerbsnachteil. Im Gegensatz zu öffentlichen Anbietern sind sie umsatzsteuerpflichtig. Öffentliche Betriebe werden zudem mit Gewinnen aus anderen kommunalen Betätigungen subventioniert.

**Angesichts der strukturellen Defizite in den kommunalen Haushalten sind kommunale Aufgaben nicht auszuweiten.** Richtig ist es dagegen, privates Know-how und Kapital für die öffentliche Infrastruktur zu mobilisieren und Wettbewerb zuzulassen. Wirtschaftlicher Sachverstand muss stärker in die Entscheidungs- und Aufsichtsgremien einbezogen werden. Die Kommunen sollen auf der Grundlage ausgeglichener Haushalte planen, es muss Transparenz zu realistischen Aufgaben und Investitionen geben.

**Bürokratie wirklich abbauen.** Im Steuerrecht, beim Umwelt- oder auch beim Gewerberecht müssen die bürokratischen Belastungen für die Unternehmen konsequent und nachhaltig abgebaut werden. Alle neuen Gesetze gehören mit Blick auf ihre bürokratischen Belastungen auf den Prüfstand. EU-Vorschriften dürfen nicht durch landespolitische Vorgaben verschärft werden. Die Verlagerung von bürokratischen Lasten konterkariert den gewünschten Bürokratieabbau. Neue Gesetze und Verordnungen sind mit einer Verfallsdauer auszustatten, die entsprechenden Verwaltungsvorschriften permanent zu evaluieren. Bei Planungs-, Vergabe- und Genehmigungsverfahren sollte mit Genehmigungsfiktionen gearbeitet werden.

**Öffentliche Auftragsvergabe mittelstandsgerecht gestalten.** Bestehende Mittelstandsklauseln müssen auch tatsächlich in der Praxis angewandt werden. Das Vergaberecht sieht den Zuschlag für das wirtschaftlichste, nicht für das billigste Angebot vor; preisgünstige lokale Anbieter sind in der Regel auch die ökologisch wirtschaftlichsten. Vergabefremde Kriterien sollten reduziert werden. Ein jährlicher, aussagefähiger Bericht über die Auftragsvergabe, u. a. mit klaren Darstellungen zu Losgrößen, Ausschreibungsformen, Zahl der Bewerbungen und Strukturdaten der Auftragnehmer, bringt Transparenz und lässt Prüfungen zu.

**Das Vergaberecht darf private Unternehmen nicht diskriminieren.** Viele Kommunen fordern, interkommunale Zusammenarbeit und Daseinsvorsorge gänzlich von den Regeln des EU-Vergabe- und Wettbewerbsrechts auszunehmen. Lockerungen im Vergabe- und Wettbewerbsrecht für bestimmte Anbietergruppen ist aber abzulehnen. Alle Leistungen, die am Markt angeboten werden sollen, müssen im Grundsatz als transparenter Wettbewerb ausgeschrieben werden – auch im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit.

**Fördermittel müssen vollständig gegenfinanziert werden.** Die dem Land Brandenburg zustehenden Fördermittel des Bundes und der EU dürfen nicht wegen fehlender Kofinanzierung durch Landesmittel verloren gehen. Die Vergabe von Fördermitteln an Unternehmen muss unbürokratischer, flexibler und zielgenauer erfolgen. Vergabefremde Kriterien sind kontraproduktiv und lassen Fördermittel schlecht oder gar nicht abfließen.

**Trennung der Funktionen von Anbieter und Kontrolleur.** Die gewerbliche Aufsicht ist in der Regel beim regional zuständigen Ordnungsamt angesiedelt. Dadurch kommt es mitunter zu der paradoxen Situation, dass die Kommunen gleichzeitig als Anbieter und als Kontrollorgan in den Markt eingreifen. Kommunale Unternehmen dürfen nicht die Möglichkeit haben, durch Maßnahmen der gewerblichen Aufsicht auf Privatunternehmen einzuwirken. Eine strikte personelle und sachliche Trennung ist erforderlich.

# Steuern: Steuerrecht vereinfachen

## ZIEL

Die Investitionskraft und das Eigenkapital der Unternehmen können durch eine Vereinfachung des Steuerrechts gestärkt werden.

## PROBLEMSTELLUNG

Das Steuerrecht ist zu komplex und intransparent. Es behindert Investitionen, benachteiligt im Wettbewerb, verursacht hohe Kosten und ist grundsätzlich nicht mehr zeitgemäß.

## LÖSUNGEN

**Das Steuerrecht muss Investitionen unterstützen, statt behindern.** Kostenbesteuerungen wie die gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen, die unvollständige Berücksichtigung von Verlusten oder Pensionsverpflichtungen belasten das Eigenkapital der Unternehmen. Sie können weniger investieren als internationale Wettbewerber, z. B. in Forschung und Entwicklung. Die Kostenbesteuerung verschlechtert auch die Krisenresistenz der Betriebe und sollten deutlich zurückgenommen werden. Zusätzliche Schubkraft für Investitionen braucht zeitgemäße Abschreibungsregeln, die sich am technologisch bedingt schnelleren Wertverzehr orientieren. Darüber hinaus ist eine Korrektur des Tarifs der Einkommensteuer gerade zur Entlastung der vielen Einzelunternehmen und Personengesellschaften, für die die Einkommensteuer die eigentliche Unternehmensteuer ist, angezeigt.

**Deutlicher Abbau der zu hohen Steuern.** Die Erhöhungen der Gewerbesteuer, der Grundsteuer und der Grunderwerbsteuer belasten zunehmend die Unternehmen vor Ort. Sie verschlechtern die regionalen Standortbedingungen und benachteiligen Unternehmen im Wettbewerb. Letztlich geraten dadurch ganze Regionen im Standortwettbewerb ins Hintertreffen. Die vorhandenen Spielräume müssen auch für Steuerentlastungen der Unternehmen genutzt werden.

**Das steuerliche Verfahrensrecht muss zeitgemäß gestaltet werden.** Die Digitalisierung verändert auch das Besteuerungsverfahren grundlegend. Digitalisierung und Automatisierung des Besteuerungsverfahrens können Prozesse für die Finanzverwaltung und die Unternehmen gleichermaßen erleichtern. Die Betriebe sollten insbesondere von ihren Investitionen in die E-Bilanz profitieren. Steuerliche Betriebsprüfungen sind dazu zeitnah durchzuführen und die Aufbewahrungsfristen von zehn auf fünf Jahre zu verkürzen. Eine Modernisierung des Verfahrensrechts sollte insbesondere Entlastungen bei der Erhebung der Lohn- und Umsatzsteuer, bei der die Betriebe staatliche Verwaltungsaufgaben erfüllen, beinhalten. Vor der Einführung digitaler Neuerungen sollten die Unternehmen deren technische Umsetzbarkeit im Praxistest prüfen können.

**Die hohe Komplexität des Steuerrechts muss abgebaut werden.** Es ist zunehmend schwieriger, die steuerlichen Regelungen im Alltag zu bewältigen. Viele Sondervorschriften und zum Teil sehr kurzfristige Steuerrechtsänderungen führen zu Rechtsunsicherheit und zu vermeidbaren Kosten bei der Befolgung der Gesetze. Transparentere und einfachere steuerliche Regelungen sind aufzustellen, damit vor allem kleinere und mittlere Unternehmen leichter und effektiver ihren steuerlichen Pflichten nachkommen können.

**Die Unklarheiten durch zu viele Ausnahmen bei der Umsatzsteuer sind zu beseitigen.** Derzeit werfen die vielen Ausnahmen zu viele Fragen auf: Muss der Lieferant oder der Kunde die Steuer zahlen, welcher Steuersatz ist anzuwenden oder aber auch – bei Exporten in Mitgliedstaaten der Europäischen Union – in welchem Staat ist die Umsatzsteuer zu zahlen und welche nationalen Vorschriften sind dabei zu beachten? Diese Unklarheiten verursachen hohe Kosten der Befolgung. Regelungen sollten daher möglichst transparent, einfach und EU-weit einheitlich gestaltet werden.

# Rechtliche Grundlagen einfacher gestalten

## ZIEL

Weniger, aber eindeutigere Gesetze schaffen!

## PROBLEMSTELLUNG

Das Ausmaß der Regulierung für die Unternehmen und die Dokumentations- und Belehrungspflichten führen zu vielen Unsicherheiten und Kosten, da die Bewältigung dieser Pflichten häufig nur durch externen Rechtsverstand zu bewältigen ist.

## LÖSUNGEN

**Notwendigkeit neuer Gesetze prüfen.** Vor dem Erlass jedes neuen Gesetzes ist generell zu prüfen, ob dessen Regelungen überhaupt erforderlich sind. Viele neue Gesetze führen zu hohen Befolgungskosten für die Unternehmen, z. B. durch hohen Schulungsaufwand oder durch die Anschaffung von neuen Geräten. Daher sind die dadurch verursachten Kosten und sonstige Belastungen zu berücksichtigen. Neue Gesetze sollten unternehmerische Tätigkeit fördern und nicht behindern. Sie sollten verständlich formuliert und einfach zu befolgen sein. Konflikte mit dem europäischen Recht sollte der nationale Gesetzgeber vermeiden. Nur so lässt sich für die Unternehmen Rechts- und Planungssicherheit herstellen, die für langfristige Investitionen nötig sind. EU-Vorschriften sollte der nationale Gesetzgeber ohne Zusätze oder Sonderregelungen umsetzen, die Wettbewerbsnachteile entstehen lassen.

**Rechtsicherheit in der digitalen Welt schaffen.** Die Informations- und Belehrungspflichten der Unternehmen im Onlinehandel müssen vereinfacht werden. Der Unternehmer als juristischer Laie muss in der Lage sein, seine Internetpräsenz rechtssicher zu gestalten. Eine globalisierte Datenverarbeitung verlangt einen stärkeren Schutz der eigenen Daten, insbesondere durch eine bessere Transparenz bei der Datenverarbeitung, aber auch durch Datenvermeidung und Datensparsamkeit durch konkretere Vorschriften.

**Abmahnmissbrauch bekämpfen.** Die außergerichtliche, privatwirtschaftlich organisierte Streitbeilegung ist ein Erfolgsmodell, durch das Konflikte schnell und unbürokratisch erledigt werden. Durch unseriöse Abmahnvereine wird dieses System aber missbraucht. Das Rechtsinstrument der wettbewerbsrechtlichen Abmahnung muss daher nachjustiert werden, insbesondere bei der Klagebefugnis von Wettbewerbsverbänden und beim finanziellen Anreiz für den Abmahnenden. Wettbewerbsverbände müssen ihre Klagebefugnis offenlegen und die Abmahnpauschale nachvollziehbar berechnen. Die Kosten sollten für einfach gelagerte Fälle, die als Regelbeispiele in das Gesetz aufgenommen werden, gedeckelt werden. Hier sollte die Durchführung von Einigungsstellenverfahren (bei den IHKs) verpflichtend sein, ebenso die Aufhebung des „fliegenden Gerichtsstandes“.

**Betrug und Wirtschaftskriminalität bekämpfen.** Die Industrie- und Handelskammern sind die Hüter des lauten Wettbewerbs der Kaufleute untereinander. Es entstehen jährlich hohe Schäden durch Täuschungen im Geschäftsverkehr. Die hohe Schwelle des strafrechtlichen Betruges ist meist nicht erreicht. Es sind die kleinen, aber zahlreichen Schwindeleien, die den Unternehmen begegnen und bis zum Erhalt der Rechnung unbemerkt bleiben. Es müssen daher wirksame Möglichkeiten geschaffen werden, die z. B. eine Bekämpfung des Adressbuchwesens erleichtern.

**Sammelklagen müssen fair sein.** Neue Rechtsinstrumente müssen einen gerechten Interessenausgleich zwischen Verbrauchern und Wirtschaft berücksichtigen. Es darf keine einseitige Verschiebung zu Lasten der Wirtschaft erfolgen und ein möglicher Missbrauch des kollektiven Rechtsschutzes durch eine "Klageindustrie" muss verhindert werden.



# Betriebliche Ausbildung: Duales System stärken

## ZIEL

Bildungspolitik ist Standortpolitik. Die Leistungsfähigkeit der regionalen Wirtschaft steht und fällt mit der Qualifikation ihrer Fachkräfte. Um den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen, müssen alle vorhandenen Bildungspotenziale ausgeschöpft werden.

## PROBLEMSTELLUNG

Der demografische Wandel ist auch eine unternehmerische Herausforderung. Nicht Lehrstellen, sondern Bewerber sind knapp. Bereits heute können in vielen Regionen und Branchen Ausbildungsplätze nicht besetzt werden. Zusätzlich belastet die mangelnde Ausbildungsreife vieler Schulabgänger. Mehr als sieben Prozent der Brandenburger Jugendlichen verlassen die Schule sogar ganz ohne Abschluss. Ein reibungsloser Übergang in Ausbildung gelingt hier selten. Die Verknappung ausbildungswilliger und -fähiger Jugendlicher ist eine große Herausforderung.

## LÖSUNGEN

**Ausbildungsallianz gestalten.** Die Allianz für Aus- und Weiterbildung stellt eine starke berufliche Bildung in den Mittelpunkt. Dabei geht es u. a. um die Sicherung des betrieblichen Ausbildungsplatzangebotes, um die Lösung von Passungsproblemen am Ausbildungsmarkt und um die Attraktivitätssteigerung der dualen Berufsausbildung. Gemeinsam mit den regionalen Partnern aus Politik und Wirtschaft setzen wir uns für die Umsetzung dieser Arbeitsschwerpunkte ein.

**Die duale Ausbildung als Erfolgsmodell für mehr Beschäftigungschancen sichern.** Die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland lag auch 2017 deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Garant hierfür ist nicht zuletzt das bewährte duale Ausbildungssystem, das zunehmend Nachahmer in Europa und weltweit findet. Mit 23 Mrd. Euro jährlich trägt die Wirtschaft dabei rund 80 Prozent der Ausbildungskosten selbst. Unternehmer engagieren sich darüber hinaus ehrenamtlich in den IHK-Prüfungsausschüssen und sichern so die Qualität der beruflichen Bildungsabschlüsse. Das in Deutschland bewährte Berufsprinzip muss erhalten bleiben.

**Vorrang für die duale Berufsausbildung.** Daher muss das von den IHKs initiierte Ausbildungsmodell „Dual mit Wahl Plus“ konsequent weiter umgesetzt werden: Gemeinsame Kernkompetenzen für bestimmte Berufsgruppen in der ersten Ausbildungsphase schaffen eine breite berufliche Grundlage. Module in der berufsspezifischen Ausbildungsphase bieten Entscheidungsspielräume für Unternehmen und Auszubildende. Wir brauchen ein ausgewogenes Angebot an zwei- und dreijährigen Ausbildungsberufen und wenig Bürokratie bei der Zuerkennung der Ausbildereignung. Angesichts rückläufiger Schulabgängerzahlen muss die duale Ausbildung Vorrang vor vollzeitschulischen Bildungsgängen haben.

**IHK-Prüfungen stärken – bundeseinheitlich, praxisnah und unabhängig.** Bundeseinheitliche Prüfungen stellen Standards für die Berufsfähigkeit dar und sichern ein vergleichbares Niveau der Absolventen von IHK-Prüfungen. Die Trennung von Lehre und Prüfung garantiert objektive Leistungsfeststellung. IHK-Prüfungen sind wirtschaftsnah: Sie werden von Berufspraktikern abgenommen, die wissen, welche Anforderungen an die Berufsfähigkeit zu stellen sind. Deshalb muss das Prüferehrenamt gestärkt werden – auch durch mehr gesellschaftliche Anerkennung.

**Leistungsstarke Schulabgänger für eine IHK-Ausbildung gewinnen.** Gerade leistungsstarken Jugendlichen bietet das duale System exzellente Beschäftigungs- und Aufstiegschancen. Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Engagement für gute Ausbildungsbedingungen setzt sich die IHK dafür ein, das Ansehen der beruflichen Bildung zu fördern und mehr leistungsbereite junge Menschen für den dualen Bildungsweg zu gewinnen. Gleichzeitig müssen die Chancen Leistungsschwächerer und sozial Benachteiligter auf eine erfolgreiche Teilhabe am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt deutlich erhöht werden, z. B. über den Einsatz einer betrieblichen Einstiegsqualifizierung oder assistierter Ausbildung.

**Rechtsicherheit für Ausbildung von Geflüchteten schaffen.** Die Integration Geflüchteter in Ausbildung und Beschäftigung bringt Chancen für den Fachkräftemarkt, aber auch große Herausforderungen für die regionale Wirtschaft. Hürden in der Praxis sind häufig mangelnde Sprachkenntnisse sowie fehlende Qualifikationen. Vielerorts übernehmen Unternehmen bereits Verantwortung und engagieren sich bei der Qualifizierung von Flüchtlingen. Sie benötigen aber Recht- und Planungssicherheit hinsichtlich der Bleibeperspektive ihrer Auszubildenden. Die im Integrationsgesetz verankerte 3+2-Regelung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings wird die Regelung von Ausländerbehörden sehr unterschiedlich umgesetzt. Bei Unternehmen und Geflüchteten sorgt dies für große Verunsicherung. Eine einheitliche und transparente Umsetzung ist dringend notwendig.

**Duale Ausbildung bestmöglich in Europa positionieren.** Das hohe Niveau der dualen Ausbildung muss auch im Deutschen und Europäischen Qualifikationsrahmen (DQR, EQR) abgebildet werden. Weder das Abitur noch vollzeitschulische Bildungsabschlüsse dürfen über der dualen Ausbildung einsortiert werden. DQR, EQR und Europäisches Leitpunktesystem (ECVET) müssen einen Mehrwert für Unternehmen bringen – vor allem hinsichtlich Arbeitsmarktorientierung, Transparenz und transnationaler Mobilität.

# Vielfältige und nachhaltige Bildungslandschaften schaffen

## ZIEL

Qualifikation für Südbrandenburg sichern: Eine Bildungslandschaft muss für jede Phase des Berufslebens die Möglichkeiten bieten, sich fachlich weiter zu entwickeln und neues Wissen zu erwerben.

## PROBLEMSTELLUNG

So rasant sich Branchen und Märkte weiter entwickeln, so schnell werden heute oft neue Qualifikationen, Kenntnisse und Fertigkeiten benötigt. Selten hält das einmal Gelernte ein ganzes Leben lang vor.

## LÖSUNGEN

**Anschlussfähigkeit sichern.** Die duale Ausbildung darf keine Einbahnstraße sein, sondern muss den Zugang zu beruflichen wie akademischen Abschlüssen öffnen. Berufsbegleitende Angebote der höheren Berufsbildung wie auch duale Studienangebote müssen konsequent bekannt gemacht und ausgebaut werden. Übergänge von beruflich Hochqualifizierten an die Hochschule müssen erleichtert und Vorqualifikationen angerechnet werden. Aus Sicht der regionalen Wirtschaft sind anwendungsbezogene Bezüge in den Studiengängen zu verstärken. Integrierte Praxisphasen und Einbindung von Praktikern sichern die Berufsfähigkeit der Hochschulabsolventen.

**Vielseitige und freie Weiterbildungslandschaft erhalten.** Der Markt für Weiterbildungsangebote muss frei von staatlichen Eingriffen bleiben. Der Staat sollte allenfalls subsidiär auf dem Markt tätig werden und dafür sorgen, dass marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen erhalten bleiben. Dies sichert den Unternehmen Gestaltungsfreiheit zu und ermöglicht eine effiziente und passgenaue Weiterbildung und Personalentwicklung.

**Ausländische Abschlüsse anerkennen.** Deutsche Unternehmen und ihre Mitarbeiter sind längst weltweit aktiv. Internationale Kompetenzen gewinnen an Bedeutung. Mit der Einrichtung der IHK FOSA als bundesweitem IHK-Kompetenzzentrum wurde die Anerkennung ausländischer Berufs- und Studienabschlüsse in Deutschland deutlich erleichtert. Nun gilt es, dieses Angebot weiter bekannt zu machen, damit die Potenziale von Menschen mit ausländischen Qualifikationen leichter erkannt und genutzt werden können.

**Praxisnahe Qualifizierungen stärken.** Die Wirtschaft benötigt gut ausgebildete Techniker und Ingenieure mit Bezug zur Praxis. Die Digitalisierung vieler Fertigungsprozesse erfordert Personal mit hohen fachlichen und persönlichen Kompetenzen und Bildungsangebote, die mit der technischen Entwicklung Schritt halten. Praxisnahe Qualifizierungswege, wie beispielsweise die Techniker-Ausbildung im Anschluss an eine betriebliche Ausbildung oder das duale Studium, müssen vor allem im technischen Bereich weiter ausgebaut und gestärkt werden.

# Gute Schulen in Brandenburg

## ZIEL

Kooperationen zwischen Wirtschaft und Schule ausbauen und den Bezug zur Praxis stärken.

## PROBLEMSTELLUNG

Versäumnisse in der schulischen Bildung beeinträchtigen die Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

## LÖSUNGEN

**Vorschulisches Lernen fördern.** Gewinner starten früher. Die frühkindliche Bildung muss daher konsequent gestärkt werden. Gerade Kinder aus bildungsarmen Haushalten können von den besseren Startbedingungen profitieren.

**Kooperationen Schule-Wirtschaft intensivieren.** Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Schule verschafft Jugendlichen einen praxisnahen Einblick in Wirtschaft und Beruf und verbessert nachhaltig die Berufsorientierung und Ausbildungsreife von Schulabgängern. Jede Schule sollte mit Unterstützung der IHK ihre Partnerschaften zu Unternehmen quantitativ und qualitativ weiter ausbauen.

**Qualität der Schulbildung verbessern.** Die zwar rückläufige, im Bundesvergleich aber noch zu hohe Zahl an Schulabgängern ohne Abschluss muss weiter deutlich gesenkt werden. Das gelingt nur durch verbesserte Rahmenbedingungen für die gezielte und individuelle Förderung jedes einzelnen Schülers. Das Land muss weitere intensive Anstrengungen unternehmen, um altersbedingte Abgänge beim pädagogischen Personal zu kompensieren. Es bedarf praxisnah ausgebildeter Lehrer, deren Bildungsverständnis auch die Vorbereitung auf das spätere Berufsleben beinhaltet. Die regelmäßige Fortbildung des pädagogischen Personals muss verpflichtend stattfinden. Schulen und Lehrer müssen zudem stärker in die Verantwortung für die Qualität ihrer Bildungsleistungen genommen werden. Das bedeutet: mehr Eigenverantwortung für die Qualität von Unterricht und Berufsorientierung. Schulleiter müssen noch umfangreicher selbstständig über Budget, Personal sowie Unterricht und Lehre entscheiden können.

**Ökonomische Bildung und MINT-Fächer stärken.** Viele Jugendliche wissen nur wenig über wirtschaftliche Zusammenhänge. Das neue Rahmenlehrplanwerk für die Sekundarstufe I in Berlin und Brandenburg bietet neue Ansatzpunkte, ökonomische Themen im Unterricht zu vermitteln. Sowohl Unternehmertum und Selbstständigkeit als auch die Teilhabe an guter Arbeit müssen als lohnende und positive Lebensentwürfe vermittelt werden. Die Potenziale des Wahlpflichtbereiches Naturwissenschaften müssen konsequent genutzt werden, um das Interesse der Schüler mit Blick auf eine berufliche Karriere im MINT-Bereich zu stärken. Zur Sicherung des Fachkräftepotenzials muss die naturwissenschaftlich-technische Bildung auch in der Sekundarstufe II weiter gestärkt werden – u. a. durch ein interessantes Kursangebot und dessen langfristige personelle Absicherung.

**Standortnahe Berufsschulen sichern.** Der Rückgang der Schülerzahlen im Flächenland Brandenburg führt zu zunehmender Konzentration von Berufsschulstandorten. Diese Entwicklung stellt viele Auszubildende und ihre Betriebe vor Mobilitätsprobleme. Gefragt sind tragfähige Konzepte, wie eine gemeinsame Beschulung von Berufen erfolgen kann, um auch künftig eine standortnahe Beschulung zu gewährleisten. Unabhängig davon müssen digitale Lernplattformen und -medien erprobt und implementiert werden. Die technische Ausstattung der Berufsschulen muss den Erfordernissen digitaler Lernformen angepasst werden. Zur Gewährleistung einer hinreichenden Qualität des Berufsschulunterrichts ist eine Ausbildung von Berufsschullehrern im Land Brandenburg zwingend erforderlich.

# Fachkräfte sichern – demografische Herausforderungen bewältigen

## ZIEL

Alle Arbeitskräftepotentiale müssen aktiviert werden, da immer weniger Arbeitskräfte immer mehr leisten müssen. Vorbehalte gegenüber technischen Möglichkeiten, Arbeitsprozesse effektiver zu gestalten, sind überholt. Nur mit einer leistungsfähigen Infrastruktur können Fachkräfte in der Region gehalten und angezogen werden.

## PROBLEMSTELLUNG

Der demografiebedingte Fachkräftemangel gehört zu den größten Risiken für das künftige Wachstum der Südbrandenburger Unternehmerschaft.

## LÖSUNGEN

**Arbeitsmarktpotentiale von arbeitsmarktfernen Personengruppen erschließen.** Verschiedene Personengruppen hatten auf dem Arbeitsmarkt bislang nur geringe Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden. Diese sind stärker in den Arbeitsmarkt einzubinden. Ziel einer Förderung von arbeitsmarktfernen Personen sollte die Beschäftigung in einem Unternehmen sein. Jobcenter und Arbeitsagenturen sollten in erster Linie in Maßnahmen bei Unternehmen vermitteln. Nur in Ausnahmefällen, wenn eine Beschäftigung bei einem Unternehmen nicht möglich ist, können andere Aktivierungs- oder Beschäftigungsmaßnahmen gewählt werden.

**Die Möglichkeit, familiäre und berufliche Verpflichtungen zu vereinbaren, ist unabdingbar.** Das gilt insbesondere für Alleinerziehende und Menschen, die einen Angehörigen pflegen oder aus anderen Gründen nur eingeschränkt für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Unternehmen sollten durch angemessene Arbeitsbedingungen, z.B. New Work-Ideen, hierzu beitragen und Kommunen Angebote wie beispielsweise Verkehrswege, Telekommunikation und Schulbildung bereitstellen.

**Beschäftigung von Ausländern erleichtern.** Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die nicht formal nachgewiesen werden können, gehen in die Bewerberprofile ein. Der Erwerb der deutschen Sprache muss durch aufenthaltsrechtliche Regelungen ebenso unterstützt werden wie das Engagement der Betriebe in Ausbildung. Zudem muss die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in Mangelberufen erleichtert werden.

**Technische Neuerungen unterstützen.** Die Straffung von Arbeitsprozessen durch technischen Fortschritt macht Unternehmen zukunftsfähig. Fördermaßnahmen zur Unterstützung dürfen nicht mit der Entstehung neuer oder der Erhaltung bestehender Arbeitsplätze verknüpft werden.

**Die Bindung von Arbeitskraft durch unproduktive Tätigkeiten wird reduziert.** Unternehmen können im Rahmen ihrer eigenen Strukturen dazu beitragen, aber auch Politik und Verwaltung – beispielsweise durch Senkung des bürokratischen Aufwandes. Arbeitsschutzregelungen sollten sich daher auf Maßnahmen beschränken, deren Wirkung für die Gesundheit der Arbeitnehmer nachgewiesen ist.

**Voraussetzung für moderne Arbeitsgestaltung ist eine hervorragende digitale Infrastruktur.** Alternative Arbeitsformen wie Jobsharing, Heimarbeit, Telearbeit oder andere ortsflexible Arbeitsteilungen erfordern leistungsfähige und zuverlässige Internetverbindungen. Veränderungen des Arbeitsmarktes durch die Digitalisierung können nur im Vertrauen auf die Mechanismen des Marktes auch am Arbeitsmarkt erfolgen. Unternehmerische Flexibilität wird nicht durch starre Regelungen eingeschränkt. Mitarbeiter sollten dann selbst Verantwortung für Ihre Arbeitsbedingungen übernehmen.

# Energie- und Umweltpolitik als zukunftssichernder Standortfaktor

## ZIEL

Energiewende kosteneffizient in allen Sektoren umsetzen. Energieinfrastruktur ausbauen und Belastungen für die Unternehmen und Verbraucher begrenzen. Hohen Standard der Versorgungssicherheit halten. Umweltpolitik investitionsfreundlicher gestalten. Strukturentwicklung zum wirtschaftlichen Aufbruch nutzen.

## PROBLEMSTELLUNG

Die Energiewende ist hochkomplex und bürokratisch geworden. Dadurch wird nicht nur unternehmerische Kreativität ausgebremst, sondern es entstehen auch hohe Kosten. Deutschland hat EU-weit mit die höchsten Strompreise. Das trifft vor allem den Mittelstand. Die Wettbewerbsfähigkeit ganzer Branchen hängt von der Möglichkeit ab, Ausgleichsregelungen und Entlastungen in Anspruch nehmen zu können. Der Markt wird mehr und mehr zurückgedrängt. Staatliche Eingriffe in den Markt, wie der Kohleausstieg sowie häufige Gesetzesnovellen, mindern das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort und beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit der Südbrandenburger Unternehmen. Die derzeit hohe Versorgungssicherheit muss – auch im Sinne einer erfolgreichen Strukturentwicklung der Energieregion Lausitz – jederzeit sichergestellt sein.

## LÖSUNGEN

**Mehr Markt im Energiesektor.** Damit Unternehmen am Standort Südbrandenburg wettbewerbsfähig bleiben können, sollten Hürden abgebaut, Förderungen regelmäßig überprüft und wo es möglich ist, auch rasch beendet werden. Auf diese Weise können Erzeugungstechnologien zu gleichen Wettbewerbsbedingungen miteinander konkurrieren. Dadurch kann auch der Markt wieder stärker zum Zuge kommen und eine effiziente Energieversorgung gewährleisten.

Eine hohe Qualität der Versorgungssicherheit, eine schnelle Marktintegration der Erneuerbaren Energien sowie die Implementierung der Wasserstoffwirtschaft sind Voraussetzungen für eine erfolgreiche Strukturentwicklung der Energieregion Lausitz. Der dafür weiterhin notwendige Infrastrukturausbau und das Netzmanagement dürfen nicht zu Standortnachteilen führen. Um Investitionen nicht zu gefährden, sollten Planungssicherheit und Vertrauensschutz für die Politik oberste Priorität haben. Einem weiteren Anstieg der Strompreise ist entgegen zu steuern. Dazu sollte auch auf alternative Finanzierungsmöglichkeiten gesetzt werden. Sinkende Stromkosten können für neue Impulse sorgen, um die Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität weiter voranzutreiben.

**Planungs- und Rechtssicherheit für den Kohleausstieg.** Der Kohleausstiegspfad ist bis 2038 durch Bundesgesetze vorgegeben. Für eine wirtschaftlich und sozial verträgliche Strukturentwicklung der Region ist es unverzichtbar, dass dieser Zeitraum und die Strukturstärkungsmittel auch zuverlässig bleiben und nicht erneut politisch in Frage gestellt werden. Das Land Brandenburg ist dazu aufgerufen, die finanziellen Mittel aus Brüssel und Berlin für die Lausitz und ihre Unternehmen zu nutzen.

**Klimapolitik mit Wirtschaft gestalten.** Nationale Klimaschutzprogramme müssen stärker gemeinsam mit der Wirtschaft entwickelt werden. Marktnahe Lösungen, Energieneutralität und Technologieoffenheit müssen wieder stärker Beachtung finden. Technologien und rechtliche Grundlagen zur Abscheidung und Nutzung von CO<sub>2</sub>, bleiben für den Klimaschutz wichtig. Die deutsche Präferenz für nationale Instrumente gefährdet das Erreichen internationaler Klimaziele und belastet die hiesige Wirtschaft und Haushalte mit vermeidbaren Kosten. Welche Energieträger in den verschiedenen Anwendungsbereichen zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Zukunft genutzt werden, sollte mittelfristig über einen umfassenden, europäischen Emissionshandel gesteuert werden. So kann die Energiewende ohne weitere Preisverzerrungen technologieneutral und effizient umgesetzt werden, weil ein übergreifender Energiemarkt entsteht. Dafür sollten auch regulatorische Hürden abgebaut werden, die der Verknüpfung nationaler Systeme entgegenstehen. Diese Prämissen sollten auch bei Markteinführungskonzepten für CO<sub>2</sub>-neutralen Wasserstoff Berücksichtigung finden.

**Brandenburger Energiestrategie nachhaltig ausgestalten.** Die Energiestrategie setzt den landespolitischen Rahmen für die Umsetzung der Bundesstrategie. Neben der Erschließung von Energieeffizienzpotenzialen ist ein weitsichtiger Umgang im Ausbau der erneuerbaren Energien geboten. Für diesen Prozess bedarf es neben eines effizienten Netzausbaus und der Entwicklung von Speichertechnologien auch neue Anreize zur Dezentralisierung der Stromversorgung. Innovative Projekte zur Weiterentwicklung der Kraftwerksstandorte, zur Sektorenintegration sowie zur Umsetzung von virtuellen Kraftwerken sind weiter zu forcieren. Politik und Wirtschaft müssen gemeinsam Informationsbarrieren abbauen und für Akzeptanz bei den Bürgern vor Ort werben.

**Nachhaltige Umweltpolitik.** Die ständig steigende Zahl an Umweltvorschriften belastet die Unternehmen. Neben Kostensteigerungen entstehen der Wirtschaft regional bedingte Wettbewerbsnachteile durch Alleingänge in der Brandenburger Umweltpolitik. Es dürfen keine Vorschriften erlassen werden, die über EU- und/oder Bundesrecht hinausgehen. Ein nachhaltiger Beitrag Umwelt- und Klimaschutz kann nur gemeinsam mit der Wirtschaft geleistet werden. Mit Innovationen in der Umwelt- und Energietechnik erbringen die Unternehmen einen erheblichen Beitrag für den Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz.

**Ressourceneffizienz stärken.** Südbrandenburger Unternehmen investieren erfolgreich in Effizienztechnologien. Statt Mindesteffizienzstandards zu setzen, sollten Unternehmen bei der Entwicklung und Vermarktung von Effizienztechnologien unterstützt werden. Innovative Recyclingtechnologien tragen zum Klima- und Umweltschutz bei. Hemmnisse bei der Verwendung von Sekundärrohstoffen sind konsequent abzubauen. Ersatzbaustoffe sind Naturmaterialien gleichzustellen und bei öffentlichen Ausschreibungen als gleichwertig anzuerkennen.

# Außenwirtschaft und Internationalisierung voranbringen

## ZIEL

Für zunehmend komplexe und schwierige Anforderungen in den Weltmärkten sind unbürokratische und flexible Förderinstrumente für die Außenwirtschaft erforderlich. Die internationale Kooperationsfähigkeit der Brandenburger Wirtschaft muss ausgebaut und bedarfsgerecht unterstützt werden. Internationalisierung betrifft nicht nur die Wirtschaft, sondern alle Lebensbereiche.

## PROBLEMSTELLUNG

Mit einer Exportquote von ca. 20 Prozent liegt Südbrandenburg weit unter dem deutschen Durchschnitt von ca. 50 Prozent.

## LÖSUNGEN

**Außenwirtschaftsförderinstrumente an die Entwicklungen in den Weltmärkten anpassen.** Unternehmen sehen sich zunehmend mit Handelshemmnissen und Protektionismus auf internationalen Märkten konfrontiert. Damit einhergehen Änderungen in den Geschäftsmodellen, wie z. B. Lokalisierungszwänge, um auf internationalen Märkten Fuß fassen zu können. Daher müssen die Förderinstrumente, vor allem mit Blick auf die strukturellen Nachteile der KMU, entbürokratisiert und flexibilisiert werden. Zuwendungen sind schnell und komplikationslos auch für kleinere Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, um so die Reaktionsfähigkeit der Unternehmen auf Anforderungen in internationalen Märkten zu verbessern.

**Maßnahmen zur Gewinnung neuer Außenwirtschaftsunternehmen entwickeln und forcieren.** Die Anzahl der außenwirtschaftlich tätigen Unternehmen in Südbrandenburg ist bei einer Exportquote in 2017 von nur 20,5 Prozent nach wie vor zu gering (Bundesdurchschnitt: 50,1 Prozent). Die Sensibilität der KMU für das Auslandsgeschäft muss erhöht und ein stärkeres außenwirtschaftliches Engagement erzeugt werden. Neben der Unterstützung für außenwirtschaftlich tätige Unternehmen, müssen weitere Unternehmen für das Außenwirtschaftsgeschäft durch zielgerichtete Angebote, Projekte und Kampagnen gewonnen werden.

**Internationale Kooperationsfähigkeit der Unternehmen ausbauen.** Die internationale Kooperationsfähigkeit der Unternehmen muss weiter verbessert werden. Eine einseitige Orientierung auf Exportgeschäfte verbaut Geschäftschancen. Mit wechselseitigen internationalen Kooperationen in Vertrieb, Beschaffung, aber auch in der Forschung und Entwicklung können sich vielfältige Geschäftsmöglichkeiten für KMU neu eröffnen. Die Brandenburger Hochschul- und Forschungslandschaft muss dabei stärker zur Unterstützung des außenwirtschaftlichen Engagements der Unternehmen genutzt werden.

**Internationale Sichtbarkeit der Region stärken.** Der Zugang der Unternehmen zu internationalen Kontakten, potentiellen Geschäftspartnern in den Zielländern sowie zu Experten muss weiter unterstützt und ausgebaut werden. Bei ausländischen Delegationen in der Region muss intensiver für den Standort geworben werden. Noch intensiver als bisher müssen Delegationen in die Region eingeladen werden, um vom unternehmerischen Potential und von den hiesigen Standortbedingungen zu überzeugen.

**Internationalisierung in allen Lebensbereichen etablieren.** Globale Herausforderungen haben an Dringlichkeit gewonnen. Regionen als Wirtschaftsstandorte sowie als Lebensräume (von Fachkräften und ihren Familien) stehen international im Wettbewerb. Die Region muss international handlungsfähiger, attraktiver und wettbewerbsfähiger gemacht und ein Umfeld für Weltoffenheit und Toleranz geschaffen werden. Internationalisierung betrifft deshalb nicht nur die Wirtschaft, sondern ist als Querschnittsthema über alle gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Bereiche (Schule, Fachkräfte, Bildung, Kultur, Sport, Tourismus etc.) zu verstehen.



# Chancen der Digitalisierung nutzen

## ZIEL

Der flächendeckende Breitbandausbau muss auch im ländlichen Raum und in den Gewerbegebieten vorangetrieben werden. Digitale Kompetenzen sind in den Unternehmen als auch in den Schulen und in der beruflichen Bildung stärker aufzubauen. Rahmenbedingungen und Unterstützungsleistungen für den Weg in eine digitale Wirtschaft müssen verbessert werden.

## PROBLEMSTELLUNG

Die Digitalisierung verändert die gesamte Gesellschaft grundlegend und stellt alle Branchen der Wirtschaft vor prinzipiell neue Anforderungen. Chancen und Risiken der digitalen Transformation liegen eng beieinander. Richtig umgesetzt, ist die Digitalisierung ein Wachstumstreiber der regionalen Wirtschaft.

## LÖSUNGEN

**Ausbau der Breitbandinfrastruktur in Gewerbegebieten und im ländlichen Raum vorantreiben.** Nur schnelle und bezahlbare Datenanbindungen im Gigabit-Bereich können die Herausforderungen der Wirtschaft abdecken. Die Region Südbrandenburg weist hier erhebliche Mängel auf. Für mehr Planungssicherheit sind aktuelle Ausbauprojekte zügig zu realisieren sowie Informationen zu Terminen und Ergebnissen der Ausbauprojekte transparenter zu machen. Die politischen Ziele sind auf die jeweils aktuellen Anforderungen auszurichten. Bund, Land und Kommunen müssen konsequent auf das Ziel einer flächendeckend verfügbaren Glasfaserinfrastruktur hinarbeiten. In Regionen, in denen der Wettbewerb versagt, muss die staatliche Förderung einsetzen. Die Bereitstellung der Programme sowie daraus folgende Maßnahmen müssen zwischen Bund, Land und Kommunen zeitlich und inhaltlich besser koordiniert werden. Mit Blick auf die weiteren digitalen Entwicklungen ist der 5G-Standard im Mobilfunkbereich zügig voranzutreiben und flächendeckend umzusetzen.

**Angebote und Unterstützungen für Unternehmen sind praxisnah und nachhaltig zu entwickeln.** Unternehmen benötigen Fachexpertise, Know-how und vor allem praxisbegleitende Unterstützung, um Digitalisierungsprojekte im Unternehmen definieren und umsetzen zu können. Angebote und Projekte, wie z. B. das IHK-Projekt Wirtschaft Digital, das Innovationszentrum Moderne Industrie Brandenburg (IMI) und das Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum Cottbus an der BTU Cottbus-Senftenberg sind praxisnah und nachhaltig auf die Bedürfnisse der Unternehmen auszurichten. Unterstützende Strukturen, Kompetenzzentren und Anlaufstellen sind hierfür in der Region weiter zu manifestieren.

**Förderinstrumente dürfen nicht zum Ausschluss von Unternehmen führen.** Förderinstrumente zur Unterstützung von Digitalisierungsprojekten in der Wirtschaft dürfen nicht zum Ausschluss zahlreicher Branchen führen. Dies lähmt den gesamtwirtschaftlichen Transformationsprozess und schließt große Bereiche der regionalen Wirtschaft vom Wettbewerb aus. Eine Vernetzung von Unternehmen mit gleichen Herausforderungen und Interessen sowie Partner und Lieferanten von Lösungen sind zu unterstützen und zu fördern.

**Digitale Kompetenzen sind umfassend aufzubauen.** Ein Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften und unzureichende „Digitalkompetenzen“ bei Mitarbeitern dürfen nicht zum Hindernis für die Unternehmen bei der Bewältigung der digitalen Herausforderungen werden. Nur ganzheitlich qualifizierte Mitarbeiter können die sich durch den Einsatz von IT wandelnden Arbeitsabläufe beherrschen und Digitalisierungsprojekte im Unternehmen initiieren oder vorantreiben. In der Region müssen verstärkt zielgruppenspezifische und individuelle Angebote und Qualifizierungsmaßnahmen entwickelt werden, um digitale Methoden- und Fachkompetenzen zu verbessern. Diese müssen bedarfsgerecht auch in der schulischen und beruflichen Bildung, in der berufsbegleitenden Weiterbildung und an Hochschulen vermittelt werden. Eine unterstützende Rolle kommt hierbei Sozialpartnern zu. Sie sind frühzeitig in diesen Prozess mit einzubinden.

# Verkehrsinfrastruktur ausbauen, Mobilität sichern

## ZIEL

Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zügig planen, finanzieren und umsetzen. Technischen Fortschritt nicht behindern, sondern für bessere Mobilität nutzen.

## PROBLEMSTELLUNG

Eine leistungsfähige und dem regionalen wie auch internationalen Wirtschaftsverkehr optimal dienende Verkehrsinfrastruktur ist eine der Grundvoraussetzungen zur Entwicklung einer Wirtschaftsregion, aber noch nicht überall in Südbrandenburg vorhanden.

## LÖSUNGEN

**Mehr Investitionen in Transportnetze sind nötig.** Der Bund geht aktuell von einer Zunahme der Verkehrsleistung um über 70 Prozent bis 2050 aus. Damit wächst auch der gesamte Wirtschaftsverkehr in den nächsten Jahren überproportional. Mit der aktuell vorhandenen Infrastruktur kann diese Verkehrsmenge im Transitland Brandenburg nicht bewältigt werden. Daher muss die Infrastruktur in Südbrandenburg sowohl auf der Schiene aber auch auf den Bundes-, den Landesstraßen und auch auf dem kommunalen Straßennetz zügig an die wachsende Nachfrage angepasst werden; bestehende Engpässe sind prioritär zu beseitigen.

**Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur ist Staatsaufgabe.** Für den Erhalt und den bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur müssen ausreichend Investitionsmittel zur Verfügung stehen. Das „Fahren auf Verschleiß“ von Infrastrukturen muss ein Ende haben.

**Grenzüberschreitende Verkehrsinfrastruktur nachhaltig verbessern.** Ein konsequenter grenzüberschreitender Verkehrsinfrastrukturausbau für den gemeinsamen Wirtschaftsraum Deutschland, Polen und Tschechien ist Voraussetzung für dessen wirtschaftliche Entwicklung. Für einen reibungslosen Ablauf im grenzüberschreitenden Verkehr sind die unterschiedlichen Regelungen, beispielsweise zur Bestimmung über Transportkapazitäten, der Zulassungsvoraussetzungen von Technik und Fahrwegvorgaben und den Sozialvorschriften für Fahrpersonal zu harmonisieren.

**Alternative Entscheidungskriterien zum Infrastrukturausbau entwickeln.** Verkehrsmengen, die bisher alleinige Grundlage für Ausbau-Entscheidungen von Verkehrsadern sind, können im ländlich geprägten Raum nicht erreicht werden. Dennoch ist die Qualität der Infrastruktur wichtig, um die wirtschaftliche Entwicklung der Betriebe im Rahmen des Strukturwandels Lausitz zu stabilisieren und neue Technologie- und Innovationsorientierte Geschäftsfelder entwickeln zu können.

**Zügige Umsetzung der Planung ist unerlässlich.** Die im beschlossenen Strukturstärkungsgesetz der Bundesregierung festgelegten Infrastrukturprojekte Schienen und Straße müssen nun zeitnah planungsrechtlich gestartet werden, damit die bauliche Umsetzung bis spätestens 2038 realisiert werden kann. Dazu sind in Brandenburg genügend Planungskapazitäten beim Landesbetrieb Straßenwesen vorzuhalten, um die sich stetig verkomplizierenden Planverfahren auch schnellstmöglich abarbeiten zu können und Baureife für die Infrastrukturprojekte zu erlangen. Entsprechende Kapazitäten sind gleichzeitig auch bei der neu zu gründenden Bundesfernstraßengesellschaft und bei der DB Netz AG für die Infrastrukturprojekte im Kammerbezirk zu schaffen.

**Bessere Kommunikation für mehr Transparenz bei Infrastrukturplanungen.** Politik, Verwaltung und Investoren sollten infrastrukturelle und industrielle Großprojekte zukünftig verstärkt im Vorfeld erklären und für eine transparente Verfahrensgestaltung sorgen. Dazu sind Betroffene gezielt anzusprechen und aktiv zu beteiligen.

**Technischen Fortschritt nutzen statt Verkehr versteuern.** EU und Bund sollten im Rahmen des Umweltschutzes stärker auf den Einsatz neuer umweltfreundlicher Technologien, innovative Logistik- und Mobilitätskonzepte, auf Telematik und autonomes Fahren sowie auf die Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV setzen. Bei allen Maßnahmen ist der Umweltnutzen im Verhältnis zum Aufwand der Betroffenen abzuwägen.

**Straßenbahnen und E-Mobilität fördern, Wasserstoffmobilität ermöglichen, E-Ladeinfrastrukturen und H2-Tankstellennetz ausbauen.** Straßenbahnen sind seit Jahrzehnten in Städten gelebte E-Mobilität. Diese gilt es zu erhalten und der Wagenpark ist bedarfsgerecht zu erneuern. Geeignete Förderinstrumente sind zu schaffen. Für Elektrofahrzeuge muss schnellstmöglich eine flächendeckende Ladeinfrastruktur aufgebaut werden.

Die auf Grund der neu zu eröffnenden Tesla Giga-Factory in Grünheide entstehende Strahlkraft sollte durch geeignete Maßnahmen mit den Wirtschafts-, Industrie- und Innovationszentren in der Region verknüpft werden. Die Chancen weiterer alternativer umweltfreundlicher Antriebsformen und Treibstoffe (z. B. Wasserstoff, E-Fuels u.a.) sind konsequent wertschöpfend zu nutzen. Der Aufbau eines bedarfsgerechten Wasserstofftankstellennetz ist zu unterstützen.

**Stärkung der Binnenschifffahrt und des Güterschienenverkehrs.** Für größtmögliche Sicherheit und für den Umweltschutz muss der Gütertransport auf Wasser- und Schienenwegen gestärkt werden. Die Bedingungen für die Nutzung dieser alternativen Transportwege sind denen des Straßenverkehrs anzugleichen. Bestehende Hemmnisse, wie ungünstig gelegene Zugangsstellen oder der fehlende Ausbau von Übergangsstellen, sind abzubauen. Mit einer Förderung der Intermodalität durch kombinierte Verkehre kann der Vor- und Nachlauf auf der Straße so kurz wie möglich gehalten werden. Die Kapazitäten von Schnittstellen wie Häfen, Flughäfen und Kombiterminals sowie ihre see- und landseitigen Anbindungen sollten bedarfs- und zukunftsgerecht für die Wirtschaft ausgebaut werden.

**Tempo 70 auf den Brandenburger Alleen evaluieren.** Die flächendeckende Ausweisung von Tempo 70 km/h auf den Alleestraßen erweckt den Eindruck von Aktionismus. Diese den Wirtschaftsverkehr behindernde Maßnahme muss auf ihre Wirksamkeit zur Unfallverringeringung evaluiert und bei einem Nachweis der Unwirksamkeit umgehend abgeschafft werden.

**Flughafen BER – Verkehrsinfrastrukturen bedarfsgerecht ausbauen.** Der Flughafen BER wurde am 31.10.2020 nach 14 Jahren Bauzeit eröffnet. Auch wenn Coronabedingt die Fluggastzahlen massiv eingebrochen sind, so wird der BER und die jetzt an Dynamik zunehmende Flughafenumfeldentwicklung Strahlkraft bis in die Lausitz entfalten. Die BER-Flughafenumfeldentwicklung ist in diesem Sinne durch die IHK konsequent und zielorientiert voranzubringen. Das jetzt zur Verfügung stehende Zeitfenster muss genutzt werden, um die sich bereits heute im Flughafenumfeld von Schönefeld abzeichnenden Engpässe bei Straße und Schiene schnellstmöglich zu beseitigen. Die von der IHK Cottbus im Jahr 2019 „Verkehrs- und Engpassanalyse Flughafen- und Flughafenumfeldanbindung Schönefeld“ benennt weitere 16 Infrastrukturmaßnahmen bei Schiene und Straße, die schnellstmöglich planerisch gestartet und baulich umgesetzt werden müssen. Um seiner Rolle als Hauptstadtflughafen gerecht zu werden, benötigt der BER künftig mehr umsteigefreie Langstreckenverbindungen. Das höchstrichterlich bestätigte Nachtflugverbot am BER darf nicht ausgeweitet werden.

# Standorte stärken, Innenstädte erhalten

## ZIEL

Wirtschaftsstandorte müssen sich stetig weiterentwickeln, um im Standortwettbewerb zu bestehen. Immobilienkosten, Verkehrsanbindungen, Verfügbarkeit von Fachkräften, allgemeine Sicherheit, Kontakte zu Forschungseinrichtungen, wirtschaftsfreundliche Verwaltungen oder weiche Standortfaktoren wie Sport- und Freizeitangebote bestimmen die Standortqualität.

## PROBLEMSTELLUNG

Ein guter Standort ist Basis für die wirtschaftliche Entwicklung von Unternehmen. Investoren, aber auch Fachkräfte finden jedoch nicht überall beste Vor-Ort-Bedingungen in Südbrandenburg vor. Nicht nur bei den klassischen Standortfaktoren gibt es erheblichen Nachholbedarf, sondern auch bei den sogenannten weichen Faktoren, wie dem Standortimage oder der Wirtschaftsfreundlichkeit der Verwaltungen, die zunehmend entscheidend für die Standort- oder Arbeitsplatzwahl sind.

Die Attraktivität der Südbrandenburger Innenstädte leidet unter den Folgen der Digitalisierung ganzer Lebensbereiche. Sie geraten zunehmend unter Druck, als urbanes Zentrum zu bestehen und weiterhin zu einem positiven Bild des Wirtschaftsstandortes beitragen zu können.

## LÖSUNGEN

**Innenstädte und Ortszentren als gesunde Wirtschaftsstandorte erhalten.** Zentren müssen als attraktive Anziehungspunkte des gesellschaftlichen Lebens mit eigenem Profil interessant bleiben. Innenstädte sollen zu neuen Erlebnisräumen werden. Dazu braucht es abgestimmte und umgesetzte Aktionsprogramme. Die Kommunen sind aufgefordert, lokale Bündnisse für lebendige Innenstädte unter städtischer Federführung ins Leben zu rufen. Sie müssen sich ihrer Aufgaben der Stadtentwicklung und Innenstadtstärkung bewusst sein und alle planerischen oder strategischen Instrumente für den Funktionserhalt der Zentren für Arbeiten, Leben, Wohnen oder Einkaufen nutzen. Dies schließt auch die rechtssichere Gestaltung der verkaufsoffenen Sonntage ein.

**Besteuerungen und Restriktionen nicht standortabhängig machen.** Zu den hohen Gewerbesteuern werden Unternehmen in ohnehin kostenintensiveren Innenstadtlagen zusätzlich durch Abgaben aus einer Vielzahl von Ortsrechtssatzungen, wie z. B. Vorgaben zur Werbung, belastet. Die daraus entstehenden finanziellen Forderungen stellen bestimmte Standorte – in der Regel Innenstädte – geradezu in Frage. Daher sind alle nicht für die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit unabdingbaren kommunalen Satzungen auf den Prüfstand zu stellen und flächenbezogene Forderungen und Auflagen abzulehnen.

**Erreichbarkeit von Zentren für ÖPNV und Individualverkehr sichern.** Lebendige Innenstädte und Ortszentren mit Handel, Gewerbe, Tourismus und Kultur müssen für den Individual- wie für den Lieferverkehr erreichbar sein. Gezielte Verkehrsbehinderungen schaden der örtlichen Wertschöpfung. Der beste Lärm- und Feinstaubschutz ist ein fließender Verkehr. Ansonsten ist ein Attraktivitätsverlust dieser Standorte zu befürchten.

**Auf den demografischen Wandel einlassen und die Digitalisierung vorantreiben.** Die Digitalisierung verändert massiv die Handelswelt. Vor allem stationäre Händler müssen sich dem stellen und ihr gesamtes Unternehmenskonzept daraufhin prüfen. Eine älter werdende Bevölkerung und die geänderte, anspruchsvollere Erwartungshaltung der Kunden verlangen nach alternativen Handelskonzepten.

**Standort in Eigenverantwortung voranbringen.** Aus den bundesweiten Erfahrungen mit Business Improvement Districts (BIDs - Partnerschaften zur Attraktivierung von City-, Dienstleistungs- und Tourismusbereichen) oder freiwilligen Initiativen wird deutlich, dass verstärkt Immobilieneigentümer in die Standortentwicklung einbezogen werden müssen. Sie sollten ein fundamentales Interesse an der Standortstärkung haben, die mit konsolidierten Mieten und steigenden Investitionsnachfragen einhergeht.

**Nahversorgung im ländlichen Raum sichern.** Eine funktionierende Nahversorgung ist wichtiger Bestandteil der Lebensqualität und Attraktivität von Standorten. Bei Versorgungslücken müssen alternative Angebotsformen gefunden werden. Subventionierte Konzepte dürfen dabei das Angebot privater Anbieter nicht gefährden.

Cottbus,

Jens Warnken  
Präsident

Dr. Wolfgang Krüger  
Hauptgeschäftsführer